

Antrag

Initiator*innen: Ida (KV Köln)

Titel: **Positionierung zur Debatte zu Alterskontrollen
für Social Media**

Antragstext

1 Die Grüne Jugend Köln spricht sich gegen ein pauschales Social-Media-Verbot für
2 Kinder und Jugendliche aus. Ebenso lehnen wir Identitätsnachweise als
3 Altersnachweis ab.

4 Soziale Medien haben einen großen Einfluss auf das Leben von jungen Menschen und
5 die gesamte Gesellschaft. Mit ihnen gehen allerdings viele Probleme einher.

6 Kinder und Jugendliche sind besonders vor den Gefahren, die mit der Nutzung von
7 Social Media verbunden sind, zu schützen. Allerdings ist eine Altergrenze kein
8 angemessener Weg, diese zu beheben.

9 Die Nutzung von Sozialen Medien ist unabhängig des Alters der Nutzer*innen mit
10 verschiedenen Sorgen belegt:

11 Das Design vieler Apps begünstigt ein ungesundes Medienverhalten. Gewisse
12 Inhalte können einen negativen Einfluss auf die physische und mentale Gesundheit
13 von der Nutzer*innen haben. Insbesondere Kinder und Jugendliche sind häufig nicht
14 altersgerechten Inhalten ausgesetzt, etwa Gewalt oder sexuellen Inhalten.
15 Zusätzlich zu nennen sind auch die Gefahren von Cybergrooming, Cybermobbing und
16 Hass im Netz. Zu beobachten ist außerdem eine Zunahme von Falschinformationen,
17 die auf Kinder bereits früh einwirken können.

18 Für alle diese Probleme müssen wir Antworten finden. Diese müssen allerdings
19 passgenau sein, und die Rechte und Interessen junger Menschen berücksichtigen.

Kinder haben gemäß Artikel 17 der UN-Kinderrechtskonvention ein Recht auf Teilhabe an Medien. Ein generelles Verbot verstößt gegen dieses Recht, insbesondere, wenn diese Entscheidung ohne Einbeziehung der Betroffenen getroffen wird. Wie in vielen Dingen wurde auch zum Thema Social Media-Verbot zwar über, aber nicht mit jungen Menschen gesprochen. Eine Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an Entscheidungen ist in einer Demokratie unerlässlich.

Soziale Medien sind trotz der negativen Schlagzeilen ein zentraler Bestandteil im Alltag von Jugendlichen. Sie sind Ort des Austauschs und der Gemeinsamkeit, der Bildung und Selbstentfaltung. Viele Jugendliche nutzen z.B. Instagram oder Discord, um Freundschaften trotz örtlicher Distanz zu knüpfen und aufrechtzuerhalten. Sie teilen Memes und leben ihre Kreativität mit der Erstellung eigener Inhalte aus.

Unter anderem für queere, migrantisierte oder anderweitig diskriminierte Jugendliche können soziale Medien ein Ort sein, um die eigene Identität zu entdecken, Gleichgesinnte zu finden und sich gegenseitig zu bestärken. Soziale Medien geben Stimmen, die sonst nicht gehört werden, einen Raum. Der Diskurs wird vielfältiger und viele politische Bewegungen nehmen ihren Ursprung in den sozialen Medien.

Mit Alterskontrollen auf Social Media können zudem Gefahren für Kinder und Jugendliche einher:

Ein Social-Media-Verbot setzt eine zuverlässige Altersverifikation voraus, und das für alle. Das bringt immer das Risiko eines Verlust von Anonymität im Internet mit. Anonymität im Internet ist ein schützenswertes Gut und der Schutz von Kindern darf nicht als vorgeschobener Grund für Überwachung dienen.

Zudem ist eine Umsetzung der Altersverifikation kaum mit dem Datenschutz vereinbar. Ausweise und insbesondere biometrische Daten sind besonders schützenswert. In vergleichbaren Anwendungsfällen kam es bereits zu Sicherheitslücken: Discord, eine Chatplattform, musste eine geplante Alterskontrolle verschieben, weil eklatante Sicherheitslücken und ein grob fahrlässiger Umgang mit den persönlichen Daten der Nutzer*innen durch den beauftragten Dienstleister bekannt wurden.

Für Altersnachweise können auch algorithmische Prozesse eingesetzt werden, die anhand von Gesichtserkennung das Alter der Nutzer*innen bestimmen soll. Diese KI-gestützten Prozesse können diskriminierend sein: Unter anderem funktioniert gesichtserkennungsgestützte Alterserkennung bei schwarzen Menschen schlechter als bei weißen. Auch eine Altersverifikation basierend auf einer Analyse des

Nutzungsverhaltens ist invasiv und kann bei falschen Ergebnisse benachteiligen. Eine Umsetzung wäre zudem kaum barrierefrei umsetzbar, sodass nicht nur Kinder und Jugendliche ausgeschlossen, sondern auch Senior*innen und Menschen, die aufgrund Behinderungen eingeschränkt sind.

Es ist zu erwarten, dass bei Einführung eines Social-Media-Verbots junge Menschen innerhalb kürzester Zeit Wege finden das Verbot zu umgehen. Ob mit gefälschten Nachweisen oder dem Account der Eltern, ein Verbot ist realistisch nicht durchzusetzen.

Ein Social-Media-Verbot kann bestehende Probleme ins Geheime verschieben. Jugendliche und Kinder, die verbotenerweise soziale Medien nutzen, werden höhere Hemmungen haben, ihren Eltern und Freunden von nicht altersgerechten Inhalten und unangebrachtem Verhalten zu erzählen. Es besteht die Gefahr, dass Straftaten durch Dritte nicht von jungen Nutzer*innen aufgrund ihres zu jungen Alters nicht zur Anzeige gebracht werden. Statt offen problematische Inhalte zu besprechen, werden diese verschwiegen.

Das Problem der Abhängigkeit von sozialen Medien besteht nicht nur bei Kindern und Jugendlichen sondern auch bei Erwachsenen. Eine pauschale Altersgrenze würde Betroffenen über 18 Jahren nicht helfen und gleichzeitig suggerieren, das Problem wäre gelöst.

Gleichzeitig bedeutet es eine Verschiebung des Beginns einer potenziellen Abhängigkeit und der Konfrontation mit gefährlichen Inhalten vom Kindes- ins Jugendalter. Stattdessen sind Medienbildung, Hilfsangebote und ein verantwortungsvollen Umgang mit Social Media in den Vordergrund zu rücken.

Die eigentlichen Verursacher des Problems, die Anbieter und Betreiber der Social-Media-Apps selbst, müssen in Verantwortung genommen werden: Existierende rechtliche Möglichkeiten wie der europäische Digital Services Act (DSA) und die Jugendschutzrichtlinien der Europäischen Kommission werden bislang nicht konsequent durchgesetzt. Bereits jetzt sind Unternehmen verpflichtet, ihre insbesondere minderjährigen Nutzer*innen zu schützen. Vernachlässigen sie nachweislich diese Pflicht, sind sie in die Verantwortung zu nehmen. Statt nationalen Alleingängen ist dabei auf die Markt- und Regelungsmacht der Europäischen Union zu setzen.

Statt Alterskontrollen wollen wir den aktuellen Diskurs nutzen, um soziale Medien und die Erfahrung im Internet für alle Menschen zu verbessern.

Begründung

erfolgt mündlich

Der Antrag wird von Hanna, Ida und Maxi gestellt. Danke für alle Gespräche, die wir zu dem Thema mit euch allen führen durften, und all eure Ideen und Denkanstöße!